



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 05.03.2019**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:06 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder:

Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ausschussvorsitzende
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünschler	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Vertreterin für Frau Jahn
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Torsten Schiedung	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Annika Seidel-Jähniq	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Gernot Nette	AfD Stadtratsfraktion Halle
Ralf-Jürgen Kneissl	Sachkundiger Einwohner
Bertolt Marquardt	Sachkundiger Einwohner
Willi Preuk	Stadtschülerrat
André Scherer	Sachkundiger Einwohner
Thomas Senger	Sachkundiger Einwohner
Andreas Slowig	Sachkundiger Einwohner
Michael Woyde	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung:

Rene Rebenstorf	Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt
Dr. Christine Radig	Abteilungsleiterin Schule
Martin Heinz	Fachbereichsleiter Immobilien
Dr. Heike Schaarschmidt	Referentin Geschäftsbereich Bildung und Soziales
Dirk Scherlies	Abteilungsleiter Objektbetreuung
Beate Erfurth	Kitafachplanerin
Heike Rittwage	Teamleiterin Schulen, Kita, Sport
Martin Fischbock	Sachbearbeiter Schülerbeförderung
Jenny Falke	stellv. Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Prof. Dorothea Vent	Fraktion MitBÜRGER
Sven Pringal	Sachkundiger Einwohner
Daniel Rumpold	Sachkundiger Einwohner
Cathleen Stahs	Sachkundige Einwohnerin
Sten Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme bis 18:41 Uhr

zu **Einwohnerfragestunde**

zu **Ronny Wagner zur Grundschule Hanoier Straße**

Herr Wagner sagte, dass im Stadtrat die Aussage getroffen wurde, dass die Änderung der Stundentafel aufgrund der Schulsanierung mit der Schulleitung abgestimmt wurde. Leider ist dies so nicht korrekt und es handelte sich um eine Dienstanweisung des Landesschulamtes.

Frau Dr. Radig sagte, dass der Vorschlag zur Reduzierung der Stundentafel durch das Landesschulamnt eingebracht wurde und das Landesschulamnt die Befugnis dazu hat.

Herr Wagner, sagte, dass die Elternschaft mit der Verlängerung des Schultages, aufgrund der späteren Beginn Zeit um 9 Uhr, bis 14:50 Uhr für die dritten bis vierten Klassen, nicht zufrieden ist.

Frau Dr. Radig sagte, dass es dazu morgen ein Gespräch beim Oberbürgermeister geben wird.

Leider gibt es momentan keine andere Möglichkeit, als mit der Schule später anzufangen, da aufgrund des erhöhten Transportaufkommens von Kindern keine weiteren Kapazitäten seitens der HAVAG und anderen Busunternehmen in der Zeit vor 7:45 Uhr verfügbar sind.

Frau Ranft fragte, was der Wunschsulbeginn der Eltern ist.

Herr Wagner antwortete, dass der Beginn 8 Uhr für die Eltern akzeptabel ist und Therapietermine anschließend wahrgenommen werden können.

Frau Dr. Radig erklärte, dass aufgrund der Sanierungsarbeiten mehrerer Schulen gleichzeitig und der begrenzten Beförderungskapazitäten der HAVAG entschieden wurde, dass die SchülerInnen der Kastanienallee zum Holzplatz gebracht werden und anschließend die Kinder aus der Grundschule Hanoier Straße in die Otto Straße gebracht werden.

Herr Schachtschneider sagte, dass es schwierig ist die Stundentafel zu reduzieren, wenn man bedenkt, dass so schon ein Lehrermangel herrscht und krankheitsbedingt immer MitarbeiterInnen ausfallen können und somit noch mehr Stunden wegfallen. Wurde die Möglichkeit geprüft, dass die Schüler der Kastanienallee später fahren und der Schulbeginn gegen 8:00 Uhr umgesetzt wird.

Frau Dr. Radig sagte, dass die Tour und Linie dann nicht mehr passend sind.

Frau Ranft sagte, dass die Grundschule Kastanienallee im nächsten Schuljahr 08:15 Uhr beginnt.

Frau Dr. Radig sagte, dass die HAVAG keine Busse vor 7:00 Uhr zur Verfügung stellen kann.

Herr Schachtschneider fragte, welche Lösung, für die zusätzlich benötigten Hortplätze und die damit verbundenen Zusatzkosten, gefunden wurde?

Frau Dr. Radig sagte, dies wird ebenso morgen beraten werden. Eine Absenkung wäre denkbar.

Herr Scherer wies auf darauf hin, dass das Hortpersonal zweigeteilt arbeiten muss. Er fragte, ob es Schüler gibt, die separat in Deutsch unterrichtet werden und wie dies abgesichert wird.

Frau Dr. Radig sagte, dass der Hort die Situation kennt und ja auch als Dienstleister fungiert. Die Schule hat keine Probleme hinsichtlich separaten Deutschunterrichts geäußert.

Herr Senger fragte, wessen Idee die Kürzung der Stundentafel war.

Frau Dr. Radig sagte, dass dies ein Vorschlag des Landesschulamtes war.

Herr Slowig fragte, in welchem Zustand das Ausweichobjekt ist.

Frau Dr. Radig sagte, dass es sich um eine Auslagerung von zwei Jahren handelt, wenn die Schule nicht in den kleinen Ferien, sondern erst in den Sommerferien wieder umzieht. Es ist denkbar nach dem ersten Jahr nochmal die Zeiten anzupassen und neu zu regeln. Die Otto Straße ist in einem nutzbaren Zustand.

Her Lange fragte seit wann die Probleme bekannt sind und wie sich die Kürzung der Stundentafel niederschlägt und ob dies mit der Verwaltung besprochen wurde. Er sagte, dass der Holzplatz wunderbar mit der Straßenbahn erreicht werden kann und fragte, warum dafür Busse eingesetzt werden sollen.

Herr Lange fragte, wie umfangreich der Busmarkt geprüft wurde und, ob auch Unternehmen im Umland abgefragt wurden.

Frau Dr. Radig antwortete, dass die Probleme seit vier Wochen bekannt sind und die Anpassung der Stundentafel schulintern erfolgt. Sie sagte, dass aufgrund der Vielzahl an Schülern mit Migrationshintergrund an der Kastanienallee entschieden wurde, diese zum Holzplatz zu fahren.

Es wurden nicht alle Busunternehmen angefragt, da man in den vergangenen Ausschreibungen festgestellt hat, dass sich niemand beworben hat.

Herr Senger sagte, dass solche Informationen beim Planungsprozess mit bedacht werden müssen und nicht zulasten der SchülerInnen und Eltern gelegt werden sollten. Er bat um Darstellung, wer für eine Schülerbeförderung angefragt wurde.

Herr Schiedung forderte die Verwaltung auf, die Beförderungsmöglichkeiten nochmals zu prüfen.

Frau Ranft sagte, dass die Reduzierung der Stundenzahl nicht hinnehmbar ist und fragte, ob mit den Lehrern und Eltern der SchülerInnen der Kastanienallee hinsichtlich eines Transportes mit der Straßenbahn gesprochen wurde.

Herr Scherer fragte, ob geprüft wurde, dass Therapien wie Ergotherapie in der Schule stattfinden können.

Frau Dr. Radig sagte, dass es seitens der Verwaltung für Therapien in der Schule keine Hinderungsgründe gibt und dafür auch keine zusätzlichen Mietkosten erhoben werden. Eine Abfrage, wie viele SchülerInnen betroffen sind, wird erfolgen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Ranft eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 05.02.19
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. 1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/04595
 - 4.2. Baubeschluss zum Dachausbau der Grundschule Büschdorf, Käthe-Kollwitz-Straße 2, in 06116 Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04822
 - 4.3. Namensgebung der Zweiten Integrierten Gesamtschule
Vorlage: VI/2018/04559
 - 4.4. Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2019 bis 31.12.2019
Vorlage: VI/2018/04387
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. Information Anmeldung Schülerzahlen weiterführende Schulen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 05.02.19

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/04595**

Frau Dr. Radig brachte die Vorlage ein.

Frau Ranft fragte, wann die Vorlage zum kostenlosen Schülerverkehr eingebracht wird.

Herr Rebenstorf sagte, dass für die Vorlage der April angestrebt wird.

Herr Marquardt fragte zum § 3 (5), ob sich dies nicht auf den Anspruchszeitraum beziehen muss. Zum Absatz 6 fragte er, ob wirklich Eltern auf die Stadt zugegangen sind, um die Gebühr bei einer vergessenen Fahrkarte erstattet zu bekommen.

Herr Fischbock erklärte, dass von Antragsstellung bis zur Zustellung der Fahrkarte, die Kosten für die Beförderung bei der Stadt erstattet werden. Herr Fischbock bestätigte, dass Eltern die Erstattung der Gebühren der HAVAG für eine vergessene Fahrkarte beantragen.

Herr Schiedung fragte, ob bei Schwerbehinderten die Entfernungsunabhängigkeit bei jeder Schulform gilt, auch bei dem Besuch einer Regelschule.

Herr Fischbock, antwortete, dass es schulformunabhängig ist.

Herr Kneissl bedankte sich für den § 5 (1).

Herr Slowig sagte, dass es schade ist, dass der Mindestentfernungsparagraph keine Kulanz zulässt. Es ist vor allem schwierig, wenn vier Mädchen in einer Gegend wohnen und gemeinsam zur Schule gehen, aber nur zwei davon eine Fahrkarte erhalten und zwei nicht, weil da die Entfernung um einige Meter weniger ist. Bei Straßenzügen sollte eine kulante Regelung gefunden werden.

Herr Fischbock sagte, dass grundsätzlich eine interne Kulanzregelung vorliegt und dabei betrage 1 % der Mindestentfernung Kulanz. Man ist bestrebt die Schulwegnetze jedes Jahr zu verbessern, damit sie einen korrekten Bezug aufweisen.

Herr Senger sagte, dass ganze Straßenzüge betrachtet werden sollten, gerade wenn SchülerInnen von der gleichen Haltestelle in die gleiche Schule fahren.

Abstimmungsergebnis SKE:

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle (Saale) – gemäß der Anlage 1.

**zu 4.2 Baubeschluss zum Dachausbau der Grundschule Büschdorf, Käthe-Kollwitz-Straße 2, in 06116 Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04822**

Herr Heinz brachte die Vorlage ein.

Herr Schachtschneider fragte, warum die Betriebskosten dieselben sind, wie vorher.

Frau Rittwage sagte, dass bisher aufgrund fehlender Dämmung die Umwelt beheizt wurde und da Einsparungen zu erwarten sind, aber aufgrund von zwei zusätzlichen Räumen von gleichbleibenden Kosten ausgegangen werden muss.

Herr Preuk fragte, wieso sich die Instandhaltungskosten verdoppeln, wenn nur vier Räume hinzukommen.

Herr Heinz antwortete, dass bei Sanierungen regelmäßige Instandhaltungen nach dem Lebenszyklusverfahren durchgeführt werden sollen.

Herr Lange fragte nach dem Sachstand zur Modulbauweise.

Die Verwaltung sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Ranft bat um einen Übersichtszeitraum.

Abstimmungsergebnis SKE:

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach der VOB, VOL, HOAI und VOF beschließt für die Grundschule Büschdorf den Dachausbau und damit die Schaffung von zwei Unterrichts- und zwei Arbeitsräumen für pädagogische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

zu 4.3 Namensgebung der Zweiten Integrierten Gesamtschule
Vorlage: VI/2018/04559

Frau Altenburg erhielt Rederecht

Herr Senger fragte, ob die Kosten der Umbenennung für die Siegel, Kopfbögen usw. aus dem allgemeinen Geschäftsbedarf der Schule bezahlt werden müssen, oder ob dies über den Haushalt der Verwaltung läuft.

Frau Dr. Radig sagte, dass dies aus dem Schulbudget bezahlt werden muss.

Herr Senger sagte, dass das Schulbudget nicht für sowas verwendet werden sollte, da es ohnehin schon sehr gering ist.

Herr Schiedung fragte, wieso man diesen Namen ausgewählt hat.

Herr Schachtschneide fragte, welche Vorschläge noch gemacht wurden.

Frau Dr. Wünscher fragte, wie der Name den Schülern vermittelt wurde und, ob die Ausstellung zu Marguerite Friedlaender besucht wurde.

Frau Altenburg sagte, dass Namensvorschläge von Schülern, Eltern und Kollegen eingereicht werden konnten und von 20 eingereichten kamen die Namen in die engere Auswahl: Ernst Christian Trapp ein Pädagogikprofessor, Richard Robert Rive und Margurite Friedlaender. Es wurden daraufhin drei Arbeitsgruppen gebildet und ein Schulkonzept zu der jeweiligen Person entwickelt. Im Anschluss erfolgte eine Abstimmung und es gab eine Mehrheit für Margurite Friedlaender, die Kunst und Geschichtslehrer konnten sich viel für den Unterricht vorstellen, ebenso passt dies sehr gut zur Kooperation mit dem Künstlerhaus 188.

Ein Teil des Lehrerkollegiums war in der Ausstellung und der Schülerrat hat sich im Rahmen der Ausstellung mit Margurite Friedlaender beschäftigt und die Erkenntnisse wurden in die Klassen getragen.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt, dem Vorschlag der Gesamtkonferenz zu folgen und die Zweite Integrierte Gesamtschule in

„Marguerite Friedlaender Gesamtschule“

umzubenennen.

**zu 4.4 Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2019 bis 31.12.2019
Vorlage: VI/2018/04387**

Frau Erfurth, stellte die Planung vor.

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt

Frau Seidel-Jähmig fragte, ob die Tagespflegeplätze bereits eingerechnet sind in den Versorgungsgrad und in der Abdeckung der Kitaplätze von 0 - 3 Jahre. Sie sagte, dass die wenige Auslastung in der Stufe 0 - 3 Jahre wirklich realistisch ist. Dies hat sicher was mit der Elternzeit und verschiedenen Lebensmodellen zu tun. Gibt es Erkenntnisse, zum aktuellen Sachstand im Bereich, Unterstützung Kitaplatz Suche. Wie lange suchen die Leute und wie viele Anfragen liegen vor?

Frau Erfurth sagte, dass die Tagespflegepersonen nicht eingerechnet sind. Es wurde eine schriftliche Beantwortung zugesichert.

Herr Slowig fragte, ob die Dynamik überdurchschnittlich durch die Freien Träger ausgeglichen wird. Was ist der Grund für das ungleiche Verhältnis an neuen Plätzen beim Eigenbetrieb im Vergleich zu den freien Trägern.

Frau Erfurth sagte, dass sie da kein Ungleichgewicht sieht, da der Eigenbetrieb sehr daran interessiert ist, seine Einrichtungen zu sanieren und zu erweitern und auch neue Einrichtungen zu eröffnen.

Herr Lange fragte, wo die Kita Salineinsel gebaut werden soll. Er fragte nach dem Sachstand Hort Hanoier Straße. Er sagte, dass er es ungünstig findet den Hort im Schulgebäude zu belassen und die Lösung auf der anderen Straßenseite im Bäumchen besser findet.

Herr Lange fragte, wie die Verwaltung den Bedarf an Fachkräften bei einer Platzserhöhung sieht. Wird es eventuelle Kapazitätsgrenzen aufgrund fehlender MitarbeiterInnen geben.

Frau Erfurth sagte, dass die Planungen für die Kita auf der Salineinsel noch am Anfang sind und dafür der Technikteil des ehemaligen Karstadt-Warenhauses vorgesehen ist.

Der Hort in der Hanoier Straße wird sich über eine ganze Etage erstrecken und es wird keine Doppelnutzung geben. Der Hort Bäumchen soll für Förderschüler genutzt werden, dafür gibt es aktuell Gespräche mit dem Träger.

Der Fachkräftemangel ist groß, die Stadt Halle muss trotzdem die Platzkapazitäten zur Verfügung stellen und es ist Sache des Trägers Fachpersonal einzustellen.

Herr Schiedung fragte, ob noch weitere Hortplätze benötigt werden und weitere Bauvorhaben nötig sind um den Bedarf abzudecken.

Frau Erfurth sagte, dass jeder Grundschul- und Hortstandort einzeln betrachtet werden muss. Es wird an verschiedenen Standorten Kapazitätserweiterungen geben.

Herr Schiedung fragte, ob es die Überlegung gibt, Horte, an denen die Raumteilung stattfindet, aus dem Schulgebäude herauszulösen. Gerade bei der Huttenschule ist ein solches Problem vorhanden.

Frau Erfurth sagte, dass es solche Überlegungen gibt und bei der Huttenschule eine Auslagerung geplant ist, es aber bislang keine geeigneten Räumlichkeiten im Umfeld der

Schule gibt.

Herr Schiedung sagte, dass es in der Nähe der Huttenschule Baracken gibt, die ungenutzt sind. Wurden diese als Räumlichkeiten geprüft?

Frau Erfurth sagte, dass im Umfeld sehr viele Liegenschaften geprüft wurden. Das AWT Zentrum wäre erst ab 2022/2023 eine Option und auf dieses Objekt gibt es auch bereits andere Anwärter, sodass da nochmal geschaut werden muss.

Herr Senger sagte, dass in manchen Schulen, die Eltern weggeschickt werden, dass die Horte keine Kinder mehr aufnehmen können. Dies ist zum Beispiel beim Hort Hans-Christian-Andersen der Fall.

Frau Erfurth sagte, dass es bei dem Hort eine Idee zur Erweiterung gibt, aber das alles erst 2021 konkreter wird. Aktuell wurden zwei Räume für den Hort dazu genommen, um den Bedarf zu erfüllen.

Herr Senger wünschte sich die Darstellung der personellen Besetzung, bezogen auf die Platzkapazitäten.

Herr Scherer sagte, dass der Bau einer Kita in der Silberhöhe angekündigt wurde und er fragte, ob es sich dabei um eine Ausweich-Kita handelt und, ob diese im Jahr 2019 gebaut wird.

Frau Schaarschmidt sagte, dass es dazu noch Abstimmungen gibt.

Herr Scherer fragte, ob die Plätze, die im Amtsblatt standen, die Plätze für die Ausweich-Kita, die die Stadt baut sind, oder die Plätze der Freien Träger.

Die Verwaltung sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Scherer, sagte, dass es Eltern gibt, die nicht ab ihrem gewünschten Zeitraum einen Krippenplatz bekommen haben. Wichtig ist zu wissen, wie viele Eltern wie viel später einen Platz bekommen haben. Gibt es die Möglichkeit, Eltern einen Platz in einer Kita in Randgebieten anzubieten und attraktiver durch Fahrtkostenzuschüsse zu machen.

Frau Erfurth sagte, dass in den Stadtrandgebieten auch nicht massiv freie Plätze verfügbar sind.

Herr Bartl fragte, ob im Zeitraum August/ September nicht Kapazitäten verschonkt werden, da der Zugang sich erst wieder sukzessive erhöht.

Frau Erfurth erklärte, dass der Knick auf den Schuljahresbeginn zurückzuführen ist und viele Kinder die Einrichtung verlassen. Die sukzessive Auffüllung erfolgt aufgrund der Eingewöhnungsphasen der Kinder, die neu dazu kommen.

Herr Schachtschneider fragte, ob man dem Ansturm an Kindern, die momentan die ersten drei Jahre Zuhause sind, standhalten könnte, wenn diese jetzt ab dem ersten Jahr in die Kita gehen.

Frau Erfurth sagte, dass es momentan nicht der Fall ist aber zukünftig gesehen, da ein Mehrbedarf eingeplant wird.

Herr Schachtschneider fragte, wie die Regelung für Gastkinder ist, da diese halleschen Kindern den Platz wegnehmen. Er fragte, ob man da einschreiten kann.

Frau Erfurth sagte, dass die Empfehlung ist, hallesche Kinder bevorzugt aufzunehmen. Jedoch gibt es Träger, die sich nicht daran halten. Bei den Hortplätzen ist das Problem nicht so groß, da es sich meist um Horte bei Schulen in freier Trägerschaft handeln und diese ja ein größeres Einzugsgebiet haben. Es wird versucht dagegen vorzugehen, aber es gelingt nicht immer.

Frau Ranft regte an, dass die Verwaltung für das kommende Jahr, die Zahlen schulgenau darstellt.

Herr Senger bat außerdem darum, die Personalsituation den Zahlen gegenüber zustellen.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt den Bedarfs- und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung als Teilplanung der Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII für den Zeitraum vom 01.01.2019 bis 31.12.2019. (Anlage 1)
2. Der Stadtrat beschließt die gesetzliche Förderung gemäß § 11a KiFöG der im Bedarfs- und Entwicklungsplan ausgewiesenen Kindertageseinrichtungen und stellt die Finanzierung im Haushalt 2019 sicher. (Anlagen 2a und 2b)

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Information Anmeldung Schülerzahlen weiterführende Schulen

Die Mitteilung ist im Session hinterlegt.

Frau Dr. Radig sagte, dass dieses Jahr wieder Losverfahren am Thomas-Münzer-Gymnasium, am Genscher Gymnasium, am Neuen städtischen Gymnasium und an der IGS und der 2. IGS sowie im Sekundarschulbereich der Kooperativen Gesamtschule Wilhelm von Humboldt stattfinden werden.

zu 7.2 Information zur Aufhebung der Schulbezirke von Sekundarschulen

Herr Petzold sagte, dass eine Mitteilung oder Vorlage zur Aufhebung der Sekundarschulbezirke für April angedacht ist.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Herr Lange zur Aula an der zweiten IGS

Herr Lange fragte, wann der Baubeschluss zur Aula der 2. IGS eingebracht wird.

Herr Heinz antwortete, dass der Baubeschluss nach der aktuellen Zeitschiene im Mai oder Juni vorgelegt werden soll.

Herr Lange äußerte seinen Unmut über die Art und Weise, wie mit dem Beschluss des Stadtrates zum Bau der Aula umgegangen wird.

zu 8.2 Herr Schiedung zu den Bauarbeiten an der 2. IGS

Herr Schiedung fragte, nach dem aktuellen Stand der Umbauarbeiten an der 2. IGS.

Herr Heinz sagte, dass wie geplant zu den Sommerferien die Bauarbeiten abgeschlossen sind.

zu 8.3 Frau Dr. Wünscher zur evangelischen Grundschule

Frau Dr. Wünscher fragte nach dem aktuellen Stand zum Grundstück für die evangelische Grundschule.

Eine schriftliche Antwort wurde zugesichert.

zu 8.4 Herr Senger zur Begleitung von SchülerInnen in Ausweichobjekte

Herr Senger bat um nochmalige Prüfung, inwieweit SchülerInnen auf dem Weg in Ausweichobjekte begleitet werden.

zu 8.5 Herr Senger zur Friesenschule

Herr Senger fragte zur Friesenschule, wie der genaue Plan zur Bekämpfung des Schimmelbefalls aussieht.

Herr Scherlies sagte, dass die Schimmelbelastung im Keller war und dort zusätzliche Unterrichtsräume geschaffen wurden. Leider kam der Schimmelbefall in vier Räumen aufgrund von Mängeln zurück. Mit einem Bausachverständigen wird nun ein Sanierungskonzept erarbeitet und umgesetzt, um die Räume bis zu den Sommerferien wieder zu übergeben.

Herr Senger fragte, was da schiefgelaufen ist und ob Regressansprüche geprüft wurden.

Herr Scherlies, sagte, dass das wichtigste Ziel, die schnelle Bereitstellung der Räume für die Schule ist. Anhand des Sanierungskonzeptes werden mit dem Rechtsamt Regressansprüche geprüft.

Herr Senger fragte, ob ein Beweissicherungsverfahren durchgeführt wurde.

Herr Scherlies sagte, dass ein Beweissicherungsverfahren nicht durchgeführt wurde.

zu 8.6 Herr Scherer zur Geruchsbelästigung in der Pusteblume

Herr Scherer fragte, was zum Thema der Geruchsbelästigung in der Pusteblume als Ergebnis herausgekommen ist.

Herr Heinz antwortete, dass eine Abdichtung der Terrasse in dem gesamten Bereich durchgeführt wird, außerdem wird das Problem weiter beobachtet und sollte es wieder auftreten, werden weitere Maßnahmen ergriffen.

zu 8.7 Herr Schiedung zur Freifläche an der Grundschule Ulrich von Hutten

Herr Schiedung sagte, dass es auf dem Schulhof der Grundschule Ulrich von Hutten eine große Rasenfläche gibt, die oft, aufgrund ihres Zustandes gesperrt werden muss. Er fragte, ob der Verwaltung das Problem bekannt ist und ob die Fläche nicht zur dauerhaften Nutzung hergerichtet werden kann.

Die Verwaltung sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.8 Herr Schiedung zur Grundschule Büschdorf

Herr Schiedung fragte, wie die Planungen für eine feste Schulsekretärin an der Grundschule Büschdorf sind.

Frau Dr. Radig antwortete, dass mehrere Stellen ausgeschrieben waren und nun die Vorstellungsgespräche laufen. Bis die Stelle besetzt ist, vergehen wahrscheinlich noch acht bis zwölf Wochen.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Herr Slowig zur IT-Ausstattung

Herr Slowig regte an, dass die Ausstattung einer Schule nicht primär von einem medienpädagogischen Konzept abhängen sollte, sondern ein Mindeststandard definiert werden muss und Schulen abhängig von der Qualität ihres Konzeptes noch Extras erhalten können.

zu 9.2 Herr Senger zu Mitteln für IT-Ausstattung

Herr Senger bat um eine Mitteilung, wie mit den Schulen umgegangen wird, die bereits Mittel für IT bekommen haben.

Melanie Ranft
Ausschussvorsitzende

Jenny Falke
stellv. Protokollführerin